



Das ist die Zukunft an den Schulen: Jeder Schüler hat ein Tablet. Klassenzimmer gibt es nicht mehr. Das Foto entstand in der Gesamtschule in Wutöschingen im Kreis Waldshut und zeigt, wie Schüler die digitale Präsentation von zwei Mitschülerinnen verfolgen. Foto: dpa

„Ein Trauerspiel“

Medien Der Bildungsplan 2016 sieht die schrittweise Digitalisierung der Schulen im Land vor. Die Umsetzung lässt auf sich warten. Kommunen sind verärgert. Von Petra Walheim

Norbert Brugger lässt seinem Frust freien Lauf. „Es ist ein Trauerspiel“, poltert er, der beim Städtetag auch für Bildung zuständig ist. Das Land habe „das Kind“ geboren und lasse es nun im Stich. Gemeint ist die Digitalisierung der Schulen. Sie beschäftigt das Land seit Jahren, Fortschritte aber sind kaum zu erkennen. „Das ist eine der dringlichsten Aufgaben im Land“, die aber behandelt werde wie eine „heiße Kartoffel“. Man lasse sie einfach fallen. Der Geduldsfaden bei den kommunalen Schulträgern, in den Schulen und beim Städtetag sei angespannt.

Ute Seibold, Bürgermeisterin von Singen (Kreis Konstanz), hat sich mit einer Pressemitteilung an die Medien gewandt. Sie kritisiert darin die „ablehnende Haltung der Landesregierung bei der Finanzierung“. Die Städte könnten die „Herkulesaufgabe“ finanziell nicht alleine schultern. Sie sieht das Land in der Pflicht. Die Aufgabe sei nur gemeinsam zu stemmen.

Grundsätzlich sind die kommunalen Schulträger für die Ausstattung der Schulen verantwortlich. Nach Ansicht des Städtetags aber nicht, wenn es um derart große finanzielle Mehrbelastungen geht, wie sie die Schul-Digitalisierung mit sich bringen. Da müsse die seit 2008 geltende Regelung zum Einsatz kommen, dass das Land den Kommunen „wesentliche Mehrbelastungen infolge der Änderung kommunaler Aufgaben“ ausgleicht. „Dieser Fall liegt bei der Digitalisierung

von Schulen nach den neuen Bildungsplänen von 2016 eindeutig vor“, schreibt der Städtetag in einer Mitteilung.

Grundlage für die neuen Bildungspläne waren die Multimedia-Empfehlungen von 2002. Die sahen Computerräume in den

„ Wir haben die besten Voraussetzungen für die Umsetzung der Schul-Digitalisierung.

Norbert Brugger
Dezernent beim Städtetag

Schulen vor, ergänzt durch Medienecken. Die neuen Empfehlungen 2016 setzen die „Vollvernetzung und Vollausrüstung der Schulen“ voraus. Das bedeutet, die Bildungseinrichtungen sollten – sofern vorhanden – ans Breitbandnetz angeschlossen sein und über ein WLAN-Netz verfügen. Die Klassenräume sollten vollständig verkabelt sein. Darin sollten Aktivtafeln und Beamer vorhanden sein, es sollte Laptops und PCs geben, Präsentationstechnik und Tablets.

Von Zielen weit entfernt

Viele Schulen im Land sind davon weit entfernt. In manchen haben Lehrer noch nicht einmal ein eigenes E-Mail-Postfach oder eine digitale Speichermöglichkeit für ihr Unterrichtsmaterial. „Es gibt extreme Unterschiede unter den Schulen“, sagt Wolfgang Kraft, Direktor des Landesmedi-

enzentrums. Das unterstützt die Schulen bei technischen und pädagogischen Aufgaben, bietet medienpädagogische Beratung, Weiterbildung und didaktisch sinnvolle Medien für Schulen an. Für Wolfgang Kraft bietet der Bildungsplan 2016 „hervorragende Voraussetzungen für die Digitalisierung“. „Für die Umsetzung müssen wir aber noch viel tun“, betont er. Dazu gehöre auch, die auf Lehramt Studierenden an den Hochschulen mit einer besseren Medienkompetenz auszustatten sowie den praktizierenden Lehrerinnen und Lehrern qualifizierte Fortbildungen anzubieten.

Darauf legt auch das Kultusministerium einen Schwerpunkt. Es setzt auf den Grundsatz: Die Technik muss der Pädagogik folgen. „Nur mit einem guten pädagogischen Konzept und entsprechend qualifizierten Lehrkräften

Kosten von 1,8 Milliarden Euro

Nach Berechnungen des Städtetags kostet die digitale Grundausstattung der Schulen im Land 1,8 Milliarden Euro. Bundesbildungsministerin Wanka hat für alle Länder fünf Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Das Land kann mit 650 Millionen Euro rechnen.

Die digitale Bildungsplattform soll die 130 000 Lehrer und 1,5 Millionen Schüler im Land vernetzen sowie Basisdienste zur Kommunikation und Kooperation zur Verfügung stellen. Mit ihr soll die technische Grundinfrastruktur aufgebaut werden. wal

kann die digitale Technik ihr Potenzial im Unterricht voll entfalten“, heißt es aus der Pressestelle. Weiter wird betont, das Kultusministerium wolle die Schulen im Land „auf dem Weg in die digitale Zukunft intensiv unterstützen und misst dem Thema einen hohen Stellenwert bei“. Doch es bleibt dabei, dass die Digitalisierung der Schulen Aufgabe der kommunalen Schulträger ist, die dafür aus verschiedenen Töpfen Geld bekommen würden.

Singen: Kosten von 2,5 Millionen

Im übrigen ist das Ministerium auch mit Blick auf die Kritik aus Singen der Ansicht, dass durch die Umsetzung der Bildungspläne 2016 „keine neuen Anforderungen an die EDV in den Schulen entstehen“. „Die Kompetenzbereiche der Medienbildung in den Bildungsplänen erfordern keine digitale Technologie, die nicht auch schon Voraussetzung zur Erfüllung der Bildungspläne von 2004 waren“, heißt es dazu aus der Pressestelle. Als wichtigen Beitrag zur Digitalisierung der Schulen sieht das Kultusministerium den Aufbau der „digitalen Bildungsplattform“.

Das bringt die 17 Schulen in Singen nicht wirklich weiter. Bürgermeisterin Ute Seifried rechnet damit, dass es die Stadt zwei bis zweieinhalb Millionen Euro kosten wird, „um alle Schulklassen fit für die digitale Zukunft zu machen“. Das sei viel Geld, das im Stadtbudget nicht vorhanden sei. „Wir fühlen uns von der Landesregierung im Stich gelassen“, schreibt sie.